Deutscher Bundestag **Drucksache 17/9564**

17. Wahlperiode 09. 05. 2012

Antrag

der Abgeordneten Oliver Kaczmarek, Dr. Ernst Dieter Rossmann, Dr. Hans-Peter Bartels, Klaus Barthel, Willi Brase, Ulla Burchardt, Petra Ernstberger, Michael Gerdes, Iris Gleicke, Klaus Hagemann, Petra Hinz (Essen), Christel Humme, Daniela Kolbe (Leipzig), Ute Kumpf, Thomas Oppermann, Florian Pronold, René Röspel, Marianne Schieder (Schwandorf), Swen Schulz (Spandau), Stefan Schwartze, Andrea Wicklein, Dagmar Ziegler, Dr. Frank-Walter Steinmeier und der Fraktion der SPD

Alphabetisierung und Grundbildung in Deutschland fördern – Für eine nationale Alphabetisierungsdekade

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Studie „leo. – Level-One“ hat 2010 im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung als erste Studie in Deutschland die Größenordnung des Analphabetismus unter der erwerbsfähigen Bevölkerung zwischen 18 und 64 Jahren untersucht. Die Studie von Prof. Dr. Anke Grotlüschen und Dr. Wibke Riekmann wurde Ende Februar 2011 vorgestellt.

Analphabetismus im engeren Sinne betrifft mehr als 4 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung. Das entspricht einer Größenordnung von 2,3 Millionen Menschen. Hier wird die „Satzebene“ unterschritten, das heißt die Personen können zwar einzelne Wörter lesend verstehen bzw. schreiben, nicht jedoch ganze Sätze. Gebräuchliche Wörter müssen Buchstabe für Buchstabe zusammengesetzt werden. 300 000 Menschen können noch nicht einmal ihren Namen schreiben.

7,5 Millionen Menschen gelten als funktionale Analphabeten. Das sind über 14 Prozent der Bevölkerung und fast doppelt so viele Menschen, wie bisher angenommen. Die Betroffenen können zwar teilweise einzelne Sätze lesen oder schreiben, nicht jedoch zusammenhängende Texte wie etwa Arbeitseinweisungen, Behördenbriefe, Zeitungen oder Bücher. Die Studie gibt Aufschluss darüber, welche Bevölkerungsgruppen vom funktionalen Analphabetismus betroffen sind. Menschen ohne Schulabschluss, in prekärer Beschäftigung und über 50 Jahre alt sind besonders gefährdete Risikogruppen. Die Zahlen zeigen aber auch deutlich, dass der funktionale Analphabetismus die gesamte Gesellschaft durchdringt. Über 56 Prozent der funktionalen Analphabeten haben einen Beruf, Deutsch ist bei über 58 Prozent der Betroffenen die Muttersprache und über 70 Prozent haben einen Schulabschluss.

Darüber hinaus ist zu beachten, dass weitere 13,3 Millionen Menschen in Deutschland, 25,9 Prozent der erwachsenen Bevölkerung, die vertraute Standardsprache verwenden, aber fehlerhaft schreiben und keine normalen Bücher, Zeitungen und Behördenschriftstücke lesen können. Neben den Analphabeten

und funktionalen Analphabeten bilden diese Menschen eine weitere Gruppe, für die entsprechende Angebote geschaffen werden müssen, um sie für mögliche Weiterbildungsprogramme ansprechen zu können.

Das Thema Analphabetismus ist in unserer Gesellschaft immer noch mit Angst und Scham besetzt. Die Betroffenen haben sich deshalb Strategien zur Tarnung angeeignet. Diese Strategien führen dazu, dass die Betroffenen aus Angst, „entdeckt“ zu werden, ein Leben am Rande der Gesellschaft mit geringer Teilhabe führen.

Nach Veröffentlichung der leo.-Studie Anfang 2011 hat die Bundesbildungsministerin Dr. Annette Schavan medienwirksam angekündigt, einen gesellschaftlichen Pakt für Alphabetisierung und Grundbildung zu initiieren. Beteiligen sollten sich neben den Ländern die Sozialpartner, die Volkshochschulen und die Bundesagentur für Arbeit. Viel blieb von der Ankündigung nicht übrig. Nach ersten Meldungen in der Presse folgten lange keine weiteren Informationen über Maßnahmen und Aktivitäten. Schließlich verkündete die Bundesbildungsministerin gemeinsam mit dem Präsidenten der Kultusministerkonferenz Ende 2011 Elemente für eine „Nationale Strategie“ im Kampf gegen Analphabetismus und kündigte ein Programm zur arbeitsplatzorientierten Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Alphabetisierung und Grundbildung an. Allerdings weisen die Vereinbarungen kaum konkrete Maßnahmen oder Ziele auf. Die Länder, die unter großem finanziellen Druck stehen, konnten in vielen Fällen noch keine Aussagen zu ihren finanziellen Möglichkeiten machen. Der Bund müsste hier auch finanziell eine Vorreiterrolle einnehmen, doch von Seiten der Bundesregierung wird die Verantwortung über wesentliche Maßnahmen auf die Länder und Kommunen abgeschoben. So ist der konkrete Teil des Programms des Bundesbildungsministeriums letztlich lediglich mit 20 Mio. Euro über drei Jahre ausgestattet, das heißt knapp 7 Mio. Euro pro Jahr bei 7,5 Millionen funktionalen Analphabeten. Dies ist ein völlig unzureichender Beitrag des Bundes.

Zwar ist zu begrüßen, dass es nun zumindest eine erste Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern mit einzelnen Handlungsebenen gibt sowie ein Programm zur arbeitsplatzorientierten Alphabetisierungsforschung geben wird. Wenn wir aber die 7,5 Millionen funktionalen Analphabeten in Deutschland nicht am Rande der Gesellschaft stehen lassen wollen, brauchen wir mehr Engagement, Kooperation und finanziellen Einsatz. Was bisher vorliegt, ist entschieden zu wenig. Besonders problematisch für die Akteure der Alphabetisierungsarbeit ist die fehlende nachhaltige Perspektive für ihre Arbeit. Häufig ist diese von Projektmitteln abhängig, die für einen Zeitraum von ein bis zwei Jahren gewährleistet werden. Dies sorgt für Verunsicherungen bei Betroffenen und Akteuren. So müssen Vereine und Verbände regelmäßig Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entlassen oder Räumlichkeiten aufgeben, weil sie nicht wissen, wie es nach den einzelnen Projekten weitergeht. Ziele einer wirkungsvollen Alphabetisierungsarbeit sollten demgegenüber im Sinne der Betroffenen eine sichere und langfristige Finanzierung sowie der Aufbau von projektunabhängigen, bundesweiten und nachhaltigen Strukturen sein.

Wichtige Träger der Alphabetisierungsarbeit wie der Bundesverband Alphabetisierung und Grundbildung e. V., der Deutsche Volkshochschul-Verband e. V., die Stiftung Lesen etc. sind zu stärken und in die politischen Planungen mit einzubeziehen.

Der Bundesverband Alphabetisierung und Grundbildung e. V. ist die einzige bundesweit tätige Fach-, Service- und Lobbyeinrichtung im Themenfeld Alphabetisierung und Grundbildung. Seit 1984 kooperiert der Verband mit Volkshochschulen, Vereinen sowie anderen Einrichtungen der Erwachsenenalphabetisierung und unterstützt diese. Zu den Angeboten des Verbandes zählt zum Beispiel eine umfassende Beratung. Betroffene, ihre Vertrauenspersonen und sog. Multiplikatoren erhalten unter der kostenlosen Rufnummer 0800 - 53 33 44 55 Bera-

tung und Informationen über ortsnahe Lese- und Schreibkurse. Auf der Internetseite http://alfa-telefon.de/ befindet sich ein Kursfinder, über den Einrichtungen mit Lernangeboten sowie die Kontaktdaten der Ansprechpartner recherchiert werden können. Bisher wird das ALFA-TELEFON ausschließlich über Spenden finanziert.

Eine wichtige Rolle spielen zudem die Volkshochschulen (VHS). Bereits seit Jahrzehnten gestalten Kursleiterinnen und Kursleiter an den VHS mit großem Engagement Kurse für Menschen mit Schreib- und Leseproblemen. Für zahlreiche Teilnehmerinnen und Teilnehmer ist der Kurs das entscheidende Bindeglied in die Gesellschaft. Tatsache ist allerdings, dass – gemessen an der großen Zahl der primären wie funktionalen Analphabetinnen und Analphabeten in der Gesamtbevölkerung – die VHS nur eine Minderheit erreichen kann. Aktuell stehen pro Jahr nur ca. 20 000 Kursplätze zur Verfügung. Die große Herausforderung besteht darin, einen deutlich größeren Teil der funktionalen Analphabetinnen und Analphabeten zu erreichen. Keine andere Einrichtung verfügt hinsichtlich ihrer Organisationsstruktur über so gute Voraussetzungen wie die VHS. Eine Strategie für Alphabetisierung in Deutschland muss gleichermaßen auf kommunaler wie auf regionaler und gesamtstaatlicher Ebene umgesetzt werden. Die Umsetzung können die Volkshochschulen mit ihrem flächendeckenden Netz von kommunalen Bildungseinrichtungen und ihrem Zusammenschluss in den Landesverbänden und im Bundesverband gewährleisten.

„Lesefreude wecken, um Lesekompetenz zu vermitteln“ ist das Ziel der Stiftung Lesen. Seit 1988 entwickelt sie zahlreiche Projekte, um das Lesen in Deutschland zu stärken. Traditionell steht die Stiftung Lesen unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten. Zweck der Stiftung Lesen ist die Förderung von Buch, Zeitschrift und Zeitung in allen Bevölkerungskreisen. Neben der Durchführung von Forschungs- und Modellprojekten für Bund und Länder liegt der Schwerpunkt der Arbeit in breitenwirksamen Projekten, vor allem in den Feldern Kindergarten, Schule, Bibliothek, Buchhandlung sowie in den Medien.

Die Fraktion der SPD hat bereits im Mai 2011 in ihrem Antrag „Alphabetisierung und Grundbildung in Deutschland fördern“ (Bundestagsdrucksache 17/5914) eine Verbesserung der Alphabetisierungsarbeit gefordert. Vor dem Hintergrund der weiterhin unzureichenden Vorlagen der Bundesregierung, der Diskussionen der letzten Monate und eines öffentlich durchgeführten und sehr aufschlussreichen Fachgespräches im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages sind die Forderungen im Sinne einer nationalen Alphabetisierungsdekade mit diesem Antrag zu konkretisieren und zu erweitern. Zentrale Ziele einer solchen, auf Nachhaltigkeit angelegten Dekade sollten sein

- Aufbau eines stabilen und nachhaltigen Netzwerkes der Akteure der Alphabetisierungsarbeit in Bund, Ländern und Gemeinden;
- Erhöhung der Anzahl der Kursplätze für Alphabetisierung und Grundbildung an den VHS und weiteren Trägern auf mindestens 100 000 jährlich;
- Schaffung von dauerhaften und tragfähigen Strukturen der Grundbildungsarbeit als Teil des allgemeinen Weiterbildungssystems in Deutschland;
- verbindliche Vereinbarung über den dauerhaften Mitteleinsatz der jeweiligen politischen Ebene;
- Sensibilisierung der Öffentlichkeit für das Thema;
- Aufbau eines positiven Klimas und von niedrigschwelligen Strukturen für mehr Literacy, z. B. über „einfache Sprache“;
- größtmögliche Reduzierung der Zahl der funktionalen Analphabeten, mindestens eine Halbierung.

Die Bundesregierung sollte ihrer Verantwortung gerecht werden und als Motor der Alphabetisierungsdekade organisatorisch, personell und finanziell mehr Initiative ergreifen. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung muss den Kampf gegen funktionalen Analphabetismus zur Chefsache erklären, da dies eine nationale Aufgabe der Bildungspolitik ist.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

a) bei der Alphabetisierung und Grundbildung eine entschlossene Führungsrolle einzunehmen und eine Dekade der Alphabetisierung im Rahmen einer gemeinsamen nationalen Strategie durchzuführen, d. h.

1. im Anschluss an die Weltalphabetisierungsdekade, die Ende 2012 ausläuft, eine nationale Alphabetisierungsdekade gemeinsam mit den Ländern und Trägern der Alphabetisierungsarbeit mit konkreten Projekten, Zielvorhaben und hinreichenden finanziellen Mitteln zu initiieren;
2. in regelmäßigen Abständen über die Fortschritte der nationalen Alphabetisierungsdekade zu berichten;
3. eine Initiative zur Abschaffung des Kooperationsverbotes zwischen Bund und Ländern in der Bildungszusammenarbeit auf der Grundlage eines neuen Artikels 104c des Grundgesetzes zu ergreifen, um eine sinnvolle Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen in der Alphabetisierung und Grundbildung zu ermöglichen, und darüber unverzüglich mit den Fraktionen des Bundestages sowie den Ländern in konstruktive Verhandlungen einzutreten;
4. die nationale Strategie mit den Ländern um weitere gesellschaftlichen Kräfte wie Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften, Sozialverbände, Kirchen und Medien verbindlich zu erweitern; insbesondere die Wirtschaftsverbände sind hierbei einzubinden und auf eine aktive Beteiligung an dieser nationalen Strategie zu verpflichten;
5. diese nationale Strategie mit quantifizierbaren Zielen auszustatten;
6. zusammen mit den Ländern dafür zu sorgen, dass kein Schüler und keine Schülerin die Schule verlässt, ohne gefestigte und nachhaltige Lese-, Schreib- und Rechenkompetenzen erworben zu haben, auch durch ergänzende Förderprogramme außerhalb der Regelschulzeiten oder im Rahmen der Schulsozialarbeit; diese sollten langfristig finanziell abgesichert werden;
7. in diesem Zusammenhang den Ausbau der Ganztagsschulen weiter voranzubringen und zu fördern;
8. zusammen mit den Sozialpartnern geeignete Wege und Mittel zu entwickeln, um Menschen mit geringer Grundbildung im Betrieb zu erkennen und zu fördern (Aufbau von Beratungs- und Vermittlungsstrukturen, diagnostische Kompetenz, berufsbegleitende Grundbildung, soziale Begleitung, arbeitsplatzbezogene Assistenz durch geschulte Kollegen);
9. die Förderung von Alphabetisierung und Grundbildung durch die Bundesagentur für Arbeit als eine Voraussetzung zur dauerhaften Integration der Betroffenen in den Arbeitsmarkt anzusehen. Hierzu sind die Schwerpunkte entsprechend zu setzen;
10. Initiativen zu fördern, die Zeitungen, Bücher oder z. B. Behördenmitteilungen in „einfacher“ bzw. „leichter“ Sprache anbieten, um Menschen mit Lese- und Schreibschwächen an das Lesen und an das Verstehen ihrer Umgebung heranzuführen. So könnte man ihnen eine Brücke zu ausreichenden Lese- und Schreibfähigkeiten bauen und somit ihre gesellschaftliche Teilhabe und Arbeitsfähigkeit erhöhen;

11. zusammen mit den Ländern, den Kommunen und der Bundesagentur für Arbeit bzw. den Jobcentern ein Konzept sozialpädagogischer Begleitung der Alphabetisierungskurse zu entwickeln, um die Wiedereingliederung in die Gesellschaft und ins Erwerbsleben zu beschleunigen;

b) einen eigenen angemessenen finanziellen und organisatorischen Beitrag zu leisten, um nachhaltig und flächendeckend eine dauerhafte Struktur der Alphabetisierungs- und Grundbildungsarbeit zu schaffen, d. h.

12. 2012 mindestens 25 Mio. Euro und ab 2013 mindestens 50 Mio. Euro im Jahr als Beitrag des Bundes für konkrete Maßnahmen der Alphabetisierungsoffensive zusätzlich bereitzustellen;

13. mit Bund, Ländern und Kommunen die Ressourcen für ein verlässliches, für die Interessierten kostenfreies, ausreichend dimensioniertes und qualitätsgesichertes Angebot an Alphabetisierungskursen zu schaffen mit dem Ziel, dass hierbei ein Ausbau der Kursplätze auf mindestens 100 000 pro Jahr erreicht wird, damit die Betroffenen zeitnah ein Kursangebot in vertretbarer Nähe erhalten;

14. das Programm „Soziale Stadt" um den Bereich der Alphabetisierungs- und Grundbildungskurse vor Ort zu erneuern, um den Betroffenen in sozialen Brennpunkten und Entwicklungsgebieten einen niedrigschwelligen Zugang zu entsprechenden Angeboten zu ermöglichen;

15. die Durchführung von Alphabetisierungskursen im Rahmen der Integrationskurse auszubauen und qualitativ zu verbessern;

16. gemeinsam mit den Ländern eine zentrale, aus öffentlichen Mitteln finanzierte Service-, Beratungs- und Informationsstelle einzurichten;

c) die Öffentlichkeit für das Thema zu sensibilisieren und bürgerschaftliches Engagement zu fördern, d. h.

17. die Öffentlichkeitsarbeit im Bereich der Alphabetisierung zu stärken. Durch eine zielgruppenorientierte Medienkampagne – eine „Alpha-Offensive" – soll Analphabetismus leichter erkannt werden können und entstigmatisiert werden. Die Betroffenen sollen ermutigt werden, aus ihrer Anonymität herauszutreten, ihre Hemmungen abzubauen und sich schneller durch den Besuch eines Alphabetisierungskurses helfen zu lassen;

18. das Instrument der „einfachen Sprache" populär zu machen und eigene Publikationen dafür zu nutzen, aber auch entsprechende Initiativen anderer Stellen bei den Partnern der Alphabetisierungsstrategie bis hin zu den Medien zu unterstützen;

19. zusammen mit den Kommunen, den Kirchen und den freien Verbänden Initiativen für konkrete Lesepartnerschaften zu verstärken, um insbesondere auch ältere Menschen in ihrer Lern- und Lesefähigkeit anzusprechen und diese zu fördern.

d) mit verbindlichen Qualitätsvorgaben in Aus- und Fortbildung sowie guten Arbeitsbedingungen für Kursleiter und Kursleiterinnen für eine hohe Qualität und Wirksamkeit in der Alphabetisierungs- und Grundbildungsarbeit zu sorgen, d. h.

20. zusammen mit den Ländern die Voraussetzungen für die Entwicklung eines Rahmencurriculums zu schaffen sowie Modellprojekte zur Qualitätsverbesserung der Kurse und zur Entwicklung neuer didaktischer Konzepte aufzubauen;

21. gemeinsam mit den Ländern ein System an Zertifikaten zu entwickeln, das Lernfortschritte und erreichte Leistungsniveaus angemessen und arbeitsweltbezogen dokumentiert;
22. gemeinsam mit den Ländern Standards für die Aus- und Fortbildung der Kursleiter und Kursleiterinnen in Alphabetisierungs- und Grundbildungskursen zu entwickeln und umzusetzen;
23. sich gemeinsam mit den Ländern und Kommunen dafür einzusetzen, dass die Kursleiterinnen und Kursleiter angemessen bezahlt werden;
24. gemeinsam mit den Ländern für einen Ausbau der Ausbildung zum Alphabetisierungs- und Grundbildungspädagogen zu sorgen;
25. gemeinsam mit den Ländern zu veranlassen, dass das Thema „Funktionaler Analphabetismus“ in der Lehreraus- und -fortbildung fächerübergreifend zum Pflichtthema wird;
26. gemeinsam mit den Ländern ein flächendeckendes Netzwerk an besonders geschulten Bildungsberaterinnen und Bildungsberatern mit spezifischen Kenntnissen über die betroffenen Gruppen und die geeigneten Angebote aufzubauen;
27. gemeinsam mit den Ländern Beratungs- und Schulungsmaßnahmen für die Ansprechpartner bei entsprechenden Behörden zu finanzieren, damit diese für das Problem des Analphabetismus sensibilisiert werden und Interessierte über die zur Verfügung stehenden Bildungsmaßnahmen kompetent informieren können;

e) durch Monitoring und Evaluation Grundlagen für eine erfolgreiche Alphabetisierungsarbeit zu schaffen, d. h.

28. eine differenzierte Bildungsstatistik über Platzzahlen, Wartelisten, Verweilzeiten etc. im Rahmen der verschiedenartigen Kursangebote aufzubauen;
29. das Thema in die nationale Bildungsberichterstattung aufzunehmen;
30. gemeinsam mit den Ländern und den Trägern der Alphabetisierungskurse ein Konzept zu entwickeln und umzusetzen, nach dem die aktuellen Maßnahmen zur Alphabetisierung und Grundbildung systematisch evaluiert und optimiert werden;
31. die bisherigen Forschungsprogramme auszubauen, um valide Zahlen zu den Quoten von funktionalen Analphabeten in den einzelnen Bundesländern zu erhalten;
32. die bisherigen Forschungsprogramme fortzuführen und neue Forschungsschwerpunkte in der Auswertung der Level-One-Studie, bei der Diagnostik, der Didaktik und der sozialen Entwicklung der Betroffenen zu setzen;
33. verstärkt Best-pratice-Beispiele in Ländern zu untersuchen, die bereits erfolgreiche Alphabetisierungsarbeit leisten, wie zum Beispiel das Family-literacy-Programm in Großbritannien.

Berlin, den 8. Mai 2012

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333